



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/76 - 4. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Bonn bleibt auf dem Pfad des Kalten Krieges Zu den Verhandlungen in Washington	45
2	Aus welcher Schule plauderte Gouderhove-Kalergi ? "Paris und Moskau in der deutschen Frage einig"	36
3	Der Flüchtling aus Tibet Der Dalai Lama, Indien und die westliche Welt	43
4 - 5	Mittelschichten in Búnánia mit der Sozialdemokratie Eine bedeutsame Tagung in Hamburg	56
6	Sprachregelung "Demokratische Auseinandersetzung" oder "Parteiengenzänk"	32

* * * * *
* * *

Bonn bleibt auf dem Pfad des Kalten Krieges

sp - Es besteht kein Zweifel mehr darüber, dass Bundesaußenminister von Brentano in Washington während der Außenminister-Konferenz der Westmächte und auch auf der Konferenz des Atlantik-Rates - offenbar im Auftrag seines Herrn und Meisters Dr. Adenauer - jeden nur erdenklichen Versuch unternommen hat, um die westliche Politik in Starrheit zu halten. Man braucht nur die englische Presse zu lesen, um gemessen zu können, welches Unheil damit angerichtet wurde. Das deutsch-englische Verhältnis ist auf dem Tiefpunkt angelangt, und die deutsch-amerikanischen Beziehungen lassen deutlich erkennen, wie weit man von jener Zeit entfernt ist, in der zwischen Bonn und Washington noch Vertrauen herrschte. Die englische und amerikanische Politik hat sich weiterentwickelt, die Politik der Bundesregierung ist dort stehen geblieben, wo die realen Möglichkeiten für eine Entspannung in Europa ausgeschaltet bleiben. Jetzt herrscht in London und Washington in zunehmender Masse der Eindruck, dass die Regierung der Bundesrepublik keine Entspannung in Europa will.

Die Folge der Haltung Bonns ist, dass die Außenminister an diesem Wochenende auseinandergehen mussten, ohne sich über eine klare Marschroute für die Ost-West-Außenminister-Konferenz am 11. Mai in Genf einigen zu können. Man spricht in den offiziellen Verlautbarungen zwar sehr viel von der angeblichen Geschlossenheit der Westens, sagt jedoch gleichzeitig, dass die westlichen Außenminister noch einmal Ende April zusammentreffen müssen, um wenigstens etwas von dieser "Geschlossenheit" für Genf retten zu können.

Für uns hier in Deutschland ist dieses "Ergebnis" der Verhandlungen in Washington nicht nur peinlich sondern sogar veräussernd. Am Freitagnachmittag wurde in Bonn bekannt, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht einmal die Mitglieder seines Kabinetts über die deutsche Marschroute bei den Washingtoner Verhandlungen unterrichtet habe. Wir wissen seither, wie erregt einige Kabinettsmitglieder deswegen sind. Selbstverständlich wurden auch nicht die engeren Parteifreunde Dr. Adenauers unterrichtet; von den Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages ganz zu schweigen.

Auf dem Rücken des deutschen Volkes praktiziert hier also eine kleine Clique weiterhin jene Politik, die die Spaltung unseres Vaterlandes in den vergangenen Jahren immer mehr vertieft hat.

Die Tatsache, dass der Westen bis zur Stunde infolge der Einwirkungen Adenauers noch kein geschlossenes Verhandlungsprogramm hat, mit dem man den Russen am 11. Mai gegenüber treten könnte, beschwört jetzt die ungeheure Gefahr der isolierten Behandlung des Berlin-Problems herauf. Seit dem 27. November vergangenen Jahres war es das Ziel aller Einsichtigen, eine Politik des Westens zu entwickeln, die ein isoliertes Vorgehen in der Berlin-Frage ausgeschlossen machen sollte. Wenn dieses Ziel jetzt nicht erreicht wird, liegt die Verantwortung dafür bei jenen, die den Weg zur Entspannung durch ihre starre Politik versperrten.

Aus welcher Schule plauderte Coudenhove-Kalergi?

sp - Graf Coudenhove-Kalergi ist ein alter Mann und der Präsident der Pan-Europa-Bewegung. Er ist mit Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Dr. Adenauer gut befreundet. Der Graf ist also ein Mann, der vieles wissen dürfte und dessen Ansichten - wenn er sie gelegentlich äußert - aufhorchen lassen.

In der angesehenen französischen Zeitung "Le Monde" hat jetzt Graf Coudenhove-Kalergi einen merkwürdigen Artikel geschrieben. Er sagt darin, de Gaulles Bemerkungen über den notwendigen Verzicht der Deutschen auf die Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Linie habe die Aussichten auf die Aufrechterhaltung des Friedens vermindert. In der Frage der deutsch-polnischen Grenze und in den Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands seien sich Paris und Moskau einig. (!) Beide Regierungen hätten die These aufgegeben, daß die Wiedervereinigung durch freie Wahlen verwirklicht werden müsse und dagegen empfohlen, die Deutschen von Ost und West mögen ihren Kalten Krieg, durch eine "Entente Cordiale" beenden. Dieses französisch-russische Programm werde ohne Zweifel die Zustimmung von London und Washington finden, denn weder die eine noch die andere der angelsächsischen Mächte sei in der Lage, die Oder-Neisse-Linie zu ändern oder das Pankow-Regime freie Wahlen aufzuzwingen. ..

Der Graf geht noch weiter. Er meint, die beiden durch die Elbe getrennten deutschen Staaten hätten die Probleme ihrer jeweiligen Grenzen geregelt, ohne einander zu fragen; Bonn das Problem der Saar-grenze, Pankow das Problem seiner Ostgrenze. Es genüge daher, den bestehenden Friedenszustand anzuerkennen und die noch offenen Fragen durch zweiseitige Abkommen zu regeln.

Wie gesagt, Graf Coudenhove-Kalergi ist ein Mann mit großen Erfahrungen und sehr vielen Einblicken in Vorgänge, die gewöhnlicher Sterblicher im allgemeinen nicht bekannt sind. Unwillkürlich muß man sich deshalb fragen, aus welcher Schule er wohl geplaudert haben mag. Aus der Schule de Gaulles, oder aus der des Bundeskanzlers? Wie kommt er dazu, von einem "französisch-russischen Programm" zu sprechen?

Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Außenministerien in Bonn und Paris zu diesen immerhin außergewöhnlichen Äußerungen des Pan-Europäers Coudenhove-Kalergi äußern würden.

Der Flüchtling aus Tibet

ED - In der vergangenen Woche überschritt der Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt Tibets, die indische Grenze und suchte mit seinem Gefolge um politisches Asyl nach. Dieser Vorgang ist nicht nur für den tibetanischen Priesterkönig eine Art Rubikon, er kann gleichermassen zu einer wesentlichen Einschnitt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Indien und der Volksrepublik China wie überhaupt zu einer Veränderung des psychologischen Gefüges in Südostasien und Fernost führen.

Hierbei ist von geringerer Bedeutung, ob der Dalai Lama anfänglich wirklich sich den rebellierenden Khambas angeschlossen hat, oder ob er als ein mehr oder minder "unfreiwilliger Ehrangast" diesem Stamm als religiöses Symbol ihres Aufstandes gegen die Peking- Besatzungstruppen diente. Entscheidend allein ist, dass die Chinesen mit Waffengewalt in die inneren Verhältnisse eines - wenn auch unter ihrer Oberhoheit stehenden - Landes eingegriffen haben. Bislang war im politischen Weltbild der Asiaten ein solches Vorgehen allein den kolonialen Mächten Europas vorbehalten. Aus diesem Grunde nimmt es nicht Wunder, wenn die indischen Parteien, natürlich mit Ausnahme der Kommunisten, unterstützt von der indischen Bevölkerung, einstimmig die militärischen Massnahmen der Chinesen in Tibet verurteilen. Der Geist von Bandung, den Peking seine psychologische Anerkennung im Kreis der asiatischen Nationen verdankt, dürfte in Zukunft nicht mehr so leicht von den Chinesen beschworen werden können.

Auf der anderen Seite aber sollte der Westen sich aller Kommentare enthalten, die allzu leichtfertig zwischen Tibet und dem sowjetischen Vorgehen in Ungarn eine Analogie herzustellen versuchen. Solange es ein algerisches Problem in der westlichen Welt gibt, solange es den USA und Grossbritannien nicht gelingt, Paris zum Abbruch der Feindseligkeiten in Nordafrika zu veranlassen, liegt wenig Grund vor, in hässlicher Schadenfreude etwa dem indischen Premier Nehru Kurzsichtigkeit gegenüber Peking vorzuwerfen. Denn das könnte wie ein Bumerang wirken, wenn man an Algerien denkt.

Die Lage in Asien ist gespannt, nicht auf Grund der tibetanischen Rebellion, sondern weil zwei Auffassungen um die Gestaltung des grössten Erdteils ringen: die indische und die chinesische. Bislang konnte ein offener Zusammenstoss zwischen beiden vermieden werden. Die Flucht des Dalai Lama nach Indien aber hat ungewollt und keineswegs von Neu-Delhi mit Freude begrüsst bestimmte politische Weichenstellungen vorgenommen.

In dieser Stunde sollte alles vermieden werden, was einen ernsthaften Konflikt zwischen den Mächten in Asien heraufbeschwören könnte. Auch der Westen könnte hier in echter Zusammenarbeit mit Indien wirken.

Mittelschichten im Bündnis mit der Sozialdemokratie

R.S. - Hamburg

Hunderttausend Selbständige aus Handel, Handwerk, Gewerbe und freien Berufen, die sich zu den wirtschaftspolitischen Zielen der Sozialdemokratie bekennen und die am Wochenende durch 200 Delegierte auf der dritten Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender der SPD in Hamburg vertreten waren, sind der Auffassung, daß Arbeitnehmer und Mittelschichten gleiche politische und wirtschaftliche Interessen haben. Beiden Gruppen wird nämlich, wie der SPD Bundestagsabgeordnete Dr. Deist, darlegte, ihr gerechter Anteil am Sozialprodukt mit der einseitigen Bevorzugung der Großindustrie durch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vorenthalten. Die Selbständigen müssen gemeinsam mit der Sozialdemokratie für die Gewährleistung des freien Wettbewerbs, die Kontrolle der Wirtschaftsmacht der Großunternehmen und für die Aufhebung der wirtschaftspolitischen Benachteiligung der Mittelschichten eintreten, wenn sie eine Chance zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit behalten wollen. Auch dann wird es nötig sein, neue, moderne Formen der Gemeinschaftsarbeit unter den Selbständigen zu entwickeln, damit sie der arbeitsteiligen Großwirtschaft wettbewerbsfähig gegenüber treten können.

Die Chancen der Selbständigen sind, wie Dr. Deist ausführte, die Absatzwirtschaft, das Dienstleistungsgewerbe und das Handwerk, soweit es neben der großindustriellen Fertigung besondere Aufgaben übernimmt. Steigender Lebensstandard mit steigenden individuellen Bedürfnissen eröffnen hier ein weites Betätigungsfeld. Lückenlos fügt sich so die Mittelschichtenpolitik der SPD in die wirtschaftspolitische Zielsetzung der Sozialdemokratie - Vollbeschäftigung, gerechter Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt - ein.

Das Eintreten der Sozialdemokratie für die Mittelschichten ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Berichten der Delegierten der Hamburger Tagung war deutlich zu entnehmen, daß viele Selbständige im Handel

und im Handwerk sozial keineswegs besser gestellt sind als etwa qualifizierte Facharbeiter. Die Bedrängnis der von der Großwirtschaft abhängiger Selbständigen durch ungenügenden Schutz im Kartell-Gesetz vor Knebelungsverträgen hat zugenommen. Die zerplündernde und unzureichende Förderung der Mittelschichten durch Bereitstellung billigeren Geldes, durch die Beseitigung der Benachteiligungen lohnintensiver Betriebe und durch eine wettbewerbsneutralere Steuergesetzgebung, die nicht länger die Großwirtschaft einseitig begünstigt, macht sich allenthalben bemerkbar. Die Benachteiligung der Genossenschaften durch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung fällt schwer ins Gewicht.

"Haben die Mittelschichten überhaupt noch eine Chance?" wurde darum in Hamburg gefragt. Die Antwort lautete: "Ja, aber nicht bei der Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und nur mit den Arbeitnehmern als politischen Partnern im wirtschaftlichen und politischen Existenzkampf."

Der Hamburger Bürgermeister Brauer, der auf einer überfüllten Kundgebung in der Hamburger Universität die Mittelschichtenpolitik der Sozialdemokratie aus dem Erfurter Programm der SPD (1892) herleitete, schilderte den Anteil der Mittelschichten am Wiederaufbau Hamburgs nach dem Kriege. Heute seien mehr als die Hälfte aller Hamburger Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben beschäftigt.

Auf der Kundgebung erhielten jeweils die Feststellungen, mit denen die Abhängigkeit der kleinen und mittleren Betriebe von den Grossunternehmungen geschildert wurden, die lebhafteste Zustimmung. In der Bundesrepublik gibt es rund 2,5 Millionen mittlere und selbständige Betriebe, von denen 800 000 dem Handwerk angehören.

Sprachregelung

DB. Immer wenn etwas in der deutschen Politik schief geht, erhebt sich einer der Verantwortlichen mit mahnendem Zeigefinger und spricht von "Parteiengedänk". In nächsten Satz folgen dann gewöhnlich einige hohl klingende Phrasen über "Gemeinsamkeit".

In Staaten mit demokratischer Tradition, etwa in der Schweiz oder in England, hält sich niemand darüber auf, wenn die Parteien eine deutliche Sprache sprechen. Dort gehört das sogar zu den Selbstverständlichkeiten des öffentlichen Lebens, ohne die man sich das Funktionieren des demokratischen Staates überhaupt nicht vorstellen kann.

Wenn bei uns der Staatschef politisch Andersdenkende bezichtigt, sie wollten das Volk geradewegs in einen Abgrund führen, wird so etwas für "staatsmännische Weisheit" gehalten. In wirklich demokratischen Staaten werden derartige Entgleisungen von der freien Presse als das bezeichnet, was sie wirklich sind: als Unverschämtheiten.

Bei uns gibt es auch für politische Stellungnahmen eine bestimmte Sprachregelung. Sagt der Vertreter einer politischen Partei unverblümt seine Meinung, dann wird ihm gelegentlich mit zeremonieller Würde bedeutet, er solle doch nicht so "politisch" werden. Wenn dagegen eine sich "unpolitisch" und "überparteilich" nennende Organisation oder Institution zu einer politischen Frage Stellung nimmt, dann gilt das als hoffähig und als "jenseits des Parteiengedänks liegend".

Tritt ein Regierungssprecher irgendwo auf, versehen mit einem schön klingenden Titel und umgeben vom Glorienschein obrigkeitlicher Unfehlbarkeit, dann billigt man ihm oft schon - bevor er den Mund aufgetan hat - die Unverletzbarkeit des Weisen zu. Auf den Gedanken, dass auch er fehlen könnte, kommt man gemeinhin nicht.

Es möge uns besichert werden, dass wir einen Hammer einen Hammer und einen Esel einen Esel nennen, dass wir uns schlechte Angewohnheiten abgewöhnen, das irsische Wort preisen und die Gouvernanten der Zimmerlichkeit endlich dorthin schicken, wohin sie gehören: An den Tisch ihres Kaffeekränzchens!

-----+-----+-----
 Verantwortlich: Günter Markschefel